



Gemeinsame Grundsatzerklärung gegen Gewalt

Nein (!) zur Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes! Gemeinsam stellen sich das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat und der Deutsche Gewerkschaftsbund gegen jegliche Form der Gewalt, mit der sich die Menschen im bayerischen öffentlichen Dienst an ihrem Arbeitsplatz konfrontiert sehen könnten.

Das Miteinander hat sich in Teilen der Gesellschaft verändert. Zunehmend sind Vorfälle zu beobachten, die von Gewaltbereitschaft zeugen, die sich immer leichter Bahn bricht und in ihrer Intensität ansteigt. Die Hemmschwelle sinkt, physische, aber auch psychische Gewalt ist immer häufiger Bestandteil des Alltags.

Keine Form der Gewalt ist hinnehmbar. Unter keinen Umständen. Ihr muss entschieden und konsequent entgegengetreten werden. Die dargestellte Entwicklung erfordert Maßnahmen, die dies nach innen und außen deutlich machen.

Das entwickelte Programm zum Arbeiterschutzes vor Gewalt richtet sich an alle Beschäftigten des Freistaats Bayern, seine Führungskräfte und die jeweiligen Dienstvorgesetzten. Es setzt aber auch ein Zeichen in Richtung Gesellschaft. Es sensibilisiert und schärft den Blick. Jegliche Form der Gewalt soll bereits im Anfangsstadium identifiziert werden, um ihr konsequent den Weg zu versperren. Beschäftigte, die mit Gewalt konfrontiert werden, werden nicht allein gelassen.

Gemeinsam stellen sich die Unterzeichner jeder Form der Gewalt in den Weg!
NEIN zur Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst!

Matthias Jena
Vorsitzender des DGB Bayern

Albert Füracker, MdL
Staatsminister